



# NIEDERSCHRIFT

über die 19. Sitzung des Mobilitätsausschusses

der Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 22.06.2022,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:46



## Anwesenheitsliste

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Felix Gerig

Moritz Haas

Vertreter für Julius Baur

Christian Kolain

Vertreter für Dr. Lea Heidbreder; bis 18:53 Uhr  
(TOP 5)

Ben Schwarz

### CDU

Cyrus Bakhtari

Oliver Blanz

Lena Dürphold

Vertreterin für Dr. Andreas Hülsenbeck

### SPD

Paule Albrecht

Vertreterin für Aydin Tas

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Vertreter für Lisa Rucker

Dominic Scheid

### FWG

Aniello Casella

### FDP

Carsten Triebel

### DIE LINKE

Moritz Ranalder

### beratende Mitglieder

Susanne Brunck

Moritz Raatz



Dieter Wörle

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Stefan Grewenig

Christoph Kamplade

Christopher Schmidt

Schriftführerin

Stefanie Dausch

Entschuldigt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julius Baur

vertreten von Moritz Haas

Dr. Lea Heidbreder

vertreten von Christian Kolain

CDU

Dr. Andreas Hülsenbeck

vertreten von Lena Dürphold

SPD

Lisa Rocker

vertreten von Dr. Hans-Jürgen Blinn

Aydin Tas

vertreten von Paule Albrecht

Pfeffer und Salz

Marianne Brunner



Unentschuldigt

FWG

Hermann Eichhorn

beratendes Mitglied

Suhila Algmati



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Aktuelle Maßnahmen im Wegenetz
3. Verkehrskonzept Queichheim  
Vorlage: 660/315/2022
4. Verkehrskonzept Wollmesheimer Straße (L 509) und neues Stadtquartier Südwest  
Vorlage: 660/324/2022
5. Übertragung der Zuständigkeit für die Abwehr von Gefahren durch den Straßenverkehr wegen der Überschreitung zulässiger Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften  
Vorlage: 320/056/2022
6. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Längere Grünphasen an Ampeln  
Vorlage: 101/648/2022
7. Verschiedenes  
  
Aufstellung von Mitfahrerbanken  
  
Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Zeppelinstraße



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Aktuelle Maßnahmen im Wegenetz

Herr Bernhard erläuterte beigefügte Präsentation.

Herr Bakhtari bat um eine Aufstellung, mit welchen Summen die Einnahmen der wiederkehrenden Beiträge und die Einnahmen des Radförderprogrammes zu den einzelnen Baumaßnahmen zugeordnet seien.

Der Vorsitzende informierte, dass diese Informationen bereits im Haushalt enthalten seien und Herr Bernhard ergänzte, dass die wiederkehrenden Beiträge aus dem Bauprogramm zu entnehmen seien, in dem bereits die Aufstellung der Baumaßnahmen hervorgehe.

Daraufhin wollte Herr Bakhtari wissen, ob Kostensteigerungen entsprechend angepasst werden.

Herr Bernhard bestätigte dies. Die Kosten und Einnahmen werden in der Haushaltsplanung bzw. im Haushaltsnachtrag fortgeführt und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Solch eine gewünschte Aufstellung sei nur mit sehr großem Aufwand darstellbar, da die Aufteilung von Einnahmen und Förderungen zu den Baumaßnahmen sehr komplex sei.

Bezüglich der Schlüsselkreuzung / Zweibrücker Straße seien Herrn Triebel einige Beschwerden bekannt, daher wollte er wissen, ob man hier nachbessern könne.

Herr Bernhard verneinte dies, da in den nächsten Wochen die Verkehrsführung mehrmals geändert werden müsse.

Herr Scheid fiel auf, dass an der Zweibrücker Straße, 15 Meter vor der Vorfahrtsstraße ein Stoppschild angebracht sei. Allerdings gebe es keines direkt an der Kreuzung. Er bat um Überprüfung, ob an dieser Stelle ein weiteres Stoppschild aufgestellt werden könne.





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

### Verkehrskonzept Queichheim

Der Vorsitzende erklärte, dass mit der vorgelegten Informationsvorlage viele altbekannte Beschwerden aufgearbeitet wurden. Mit den vorgeschlagenen Lösungen solle dem Schleichverkehr und überhöhter Geschwindigkeiten entgegengewirkt und eine Verbesserung der Radwegeverbindungen geschaffen werden.

Allerdings habe man noch nicht für alle Probleme auf Grund der gegensätzlichen Meinungen eine Lösung gefunden, unter anderem der Queichheimer Hauptstraße oder die Parksituation.

Der Ortsbeirat wurde bereits informiert und als nächster Schritt wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt. Nach der Sommerpause wird dann ein Beschlussvorschlag in die Gremien eingebracht.

Herr Bernhard erläuterte, um die Brandenburger Straße und die Schneiderstraße zu entlasten, müsse der von Norden aus der Fichtenstraße kommende Verkehr bereits hier über den östlichen Horstring und die Verbindungsspange zur L 509 und zur Autobahn geleitet werden. Das Geradeausfahren vom Horstring in die Brandenburger Straße können nur noch für Radfahrer zugelassen werden. Damit werde ein Großteil des Durchgangsverkehres aus der Brandenburger/Schneiderstraße auf die Verbindungsspange verlagert.

Von Süden kommend soll aus der Johannes-Kopp-Straße ebenfalls nur das Rechts- und Linksabbiegen in die Queichheimer Hauptstraße möglich sein.

Für den Radverkehr sollen weite Teile von Queichheim zu Fahrradzonen ausgewiesen werden.

„Herzstück“ der Maßnahme bleibt aber die Sperre der Schneiderstraße für den motorisierten Durchgangsverkehr.

Herr Gerig fand das Konzept gut und er erhoffe sich, dass dadurch die Schüler\*innen wieder vermehrt mit Rad oder zu Fuß zur Schule gehen und sich die Elterntaxis reduzieren.

Herr Bakhtari machte auf einen redaktionellen Fehler auf Seite 2 der Informationsvorlage aufmerksam.

Der Vorsitzende bestätigte, dass der Abschnitt „Fahrradzone Queichheim Süd“ wie folgt lauten müsse:

„Alle Straßen südlich der Hauptstraße werden zu Fahrradzonen. ...“

Desweiteren richtete Herr Bakhtari vom Ortsvorsteher aus, dass dieser bei einigen Punkten anderer Meinung sei und hoffe er werde noch gehört und es werde eine Bürgerbeteiligung kommen.

Herr Scheid befürwortete einzelne Fahrradstraßen, zum Beispiel zum Kleinen Sand, auszuweisen. Er hinterfragte jedoch die Notwendigkeit ganz Queichheim Süd und Nord jeweils als Fahrradzonen auszuweisen. Er sei der Meinung, wenn das Verkehrskonzept so komme, sei nicht mehr mit dem großen Verkehrsaufkommen zu rechnen. Gegenläufiger Radverkehr am Knotenpunkt Herwartgasse müsse nicht geöffnet werden, da dies eher zu gefährlichen Situationen führen würde. Hier hätte man die Möglichkeit die Straße Zum Queichanger zu nutzen.



Er befürchte, dass der Autoverkehr von der Horststraße Richtung Zum Queichanger die Finkenstraße als Schleichweg nutzen werde. Das Problem sei dann nicht gelöst, sondern nur verlagert.

Der Vorsitzende informierte, dass die Freigabe des gegenläufigen Radverkehrs in der Herwartgasse auf Wunsch mitaufgenommen wurde.

Bezüglich der Möglichkeit über Zum Queichanger und Finkenstraße sich noch in Queichheim verteilen zu können, war dies beabsichtigt. Er schloss aus, dass diese Streckenführung von den zur Zeit ca. 4.000 Autofahrern in der Schneiderstraße als Schleichweg benutzt werden würde. Maximal werden es die Queichheimer Anwohner\*innen für sich nutzen.

Wegen des Ausdrucks Fahrradzone und Fahrradstraße würde es rechtlich keinen Unterschied machen, außer dass das Gebiet bei der Zone weitreichender sei.

Herr Bakhtari widersprach, dass bei der Fahrradstraße die Räder nebeneinander fahren dürften, bei der Zone gelte dies für Räder und Elektrokleinfahrzeuge. Auch bei Überquerungen gebe es hierzu Besonderheiten.

Auch Herr Casella gab die Rückmeldung, dass der Ortsbeirat nicht mit allem einverstanden sei und man sich mehr Beteiligung wünsche. Diesen Wunsch wollte er hier nochmal zum Ausdruck bringen.

Herr Casella fragte, weshalb zusätzlich an der Ecke Woogstraße/Schneiderstraße modale Filter eingeplant seien, obwohl ein Einfahren in die Schneiderstraße vorher schon unterbunden werde.

Herr Bernhard sagte, damit solle auch der Kleinschleichverkehr zwischen den Brückenzubringern vermieden werden. Es soll nicht ermöglicht werden, über die Horstbrücke und die Schneiderstraße zur Autobahn zu gelangen.

Herr Triebel fragte, welche Argumente vom Ortsbeirat kamen, den modalen Filter von Variante 1 südlicher in der Woogstraße (Variante 2) zu versetzen.

Der Vorsitzende sagte, dass bei Variante 1 die südliche Schneiderstraße nicht mehr von der Horstbrücke aus zu erreichen sei und daher auf Wunsch des Ortsvorstehers Variante 2 entwickelt wurde.

Die weitere Frage von Herrn Triebel, ob es zeitliche Bündelungen des Verkehrs in der Schneiderstraße gebe, beantwortete Herr Schmidt, dass morgens zwischen gegen 6 und 8 Uhr, sowie nach Schulschluss und nach Feierabend die höchsten Verkehrszahlen auftreten.

Herr Ranalder richtete ein Dankeschön aus dem Ortsbeirat für die Öffnung der Woogstraße für den gegenläufigen Radverkehr aus. Insgesamt handle es sich hier um ein gutes Konzept und eine Bürgerbeteiligung sei sinnvoll.

Die Anfrage von Herrn Scheid, ob man die Einfahrt in die Brandenburger Straße nicht nur von Norden, sondern auch von Osten kommend unterbinden wolle, verneinte der Vorsitzende. Die Anwohner\*innen müssten auch noch zu Ihren Wohnungen kommen.

Herr Bernhard ergänzte, dass es auch noch eine Möglichkeit der Einfahrt für Müllfahrzeuge, Feuerwehr und Schulbus geben müsse. Die Pommernstraße komme hierfür nicht in Betracht.



Herr Blanz gab zu Bedenken, dass die Schneiderstraße und Brandenburger Straße für die Polizei die kürzeste und schnellste Strecke wäre. Die Anfahrbarkeit zum Horst, Richtung Dammheim und Offenbach würde erschwert werden.

Der Vorsitzende schlug Alternativ die Nutzung der Maximilianstraße, Dammühlstraße, Horstbrücke und Horststraße vor. Dieser Weg sollte ähnlich des bisherigen sein.

Zum weiteren Ablauf lud der Vorsitzende ein, nächste Woche zu der Veranstaltung hinzuzukommen. Gerne werden auch Rückmeldungen aus den Fraktionen entgegengenommen.

Zu beachten sei, dass es nur eine klare Lösung für alle geben könne. Die Schneiderstraße für Einzelinteressen offenzulassen und für den Durchgangsverkehr zu sperren funktioniere nicht.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### Verkehrskonzept Wollmesheimer Straße (L 509) und neues Stadtquartier Südwest

Herr Bernhard erläuterte die Verkehrsplanung zu dem neuen Quartier Südwest. Dieses Neubaugebiet werde über 3 Zufahrten erschlossen. Zwei werden für den allgemeinen Verkehr offen sein, der dritte sei lediglich für Fußgänger\*innen oder Radfahrer\*innen passierbar.

Der Anliegerverkehr werde direkt zu den Quartiersgaragen und Tiefgaragen geleitet, so dass das gesamte Gebiet weitestgehend autofrei bleibe. Im öffentlichen Raum werde es nur im Bereich der Zufahrten und Quartiersgaragen Parkmöglichkeiten geben.

Die Wollmesheimer Straße werde zu einer schönen Stadteinfahrt mit mehreren Überquerungshilfen umgestaltet. Für die breiten Radwege müssten sieben Bäume weichen, es werden jedoch neue Bäume gepflanzt, damit eine prächtige beidseitige Baumallee entstehe.

Die innere Erschließung werde durch gemeinsame Innenhöfe der jeweiligen Wohnquartiere, durch Spielplätze, viel Grün und zahlreiche Aufenthaltsflächen geprägt.

Für die nächsten Jahre könne über eine neue Brücke im östlichen Bereich als Fortführung des Radweges über die Wollmesheimer Straße nachgedacht werden.

Die Fahrbahn und die Radwege der Wollmesheimer Straße werde als Landesstraße vom Land finanziert. Diese Gelder könnten bereits 2024 bereitgestellt werden. Die Finanzierung der Gehwege mit Beleuchtung und Baumgestaltung erfolgt über den städtischen Haushalt. Diese Ausgaben werden durch Einnahmen aus der Landesförderung und durch wiederkehrende Beiträge minimiert. Die Kosten der inneren Erschließung werden ausschließlich durch die Grundstückvergabe abgegolten.

Frau Albrecht fragte, ob eine oder mehrere Lichtsignalanlagen bereits fest eingeplant seien.

Der Vorsitzende antwortete, dass dies im weiteren Verlauf noch diskutiert werden müsse. Es komme auf das Gremium an, ob und wo dies gewünscht sei.

Herr Bernhard gab zu beachten, dass eine Fußgängerampel nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich sei. Es müsste eine gewisse Verkehrsbelastung auf der Straße und ein entsprechendes Fußgängeraufkommen vorliegen, welches dem Land nachzuweisen sei.

Eine weitere Frage von Frau Albrecht war, ob es für die beiden geplanten Treppen eine barrierefreie Alternative gebe.

Der Vorsitzende und Herr Bernhard sahen hier keine Möglichkeit einer Rampe, da die Steigung zu steil werden würde. Die Treppenlösung sei in diesem Fall die sicherere Alternative, wenn auch nicht die optimalste.

Herr Schwarz erkundigte sich, mit welchen Maßnahmen oder Hinweisen die Fahrzeuge aus dem inneren Wohnbereich ferngehalten werden sollen.

Der Vorsitzende sagte, dass es nur an drei Stellen außerhalb der Quartiersgaragen Stellplätze gebe. Diese befinden sich bei den Einfahrten der Stichstraßen.



Herr Bernhard teilte mit, dass in verkehrsberuhigten Bereichen selten ein Fahrzeug geparkt werde. Sollte dies dann der Fall werden, rüste man mit Einbauelementen, beispielsweise mit Fahrradbügeln, nach.

Herr Kamplade räumte das Missverständnis aus, die innere Erschließung des Neubaugebietes würde über die wiederkehrenden Beiträge von den Anwohnern\*innen der Wollmesheimer Straße und des Gebietes Südwest abgerechnet werden. Dies sei keinesfalls so.

Die Neugestaltung der Wollmesheimer Straße wäre auch ohne das neue Wohngebiet gekommen.

Der Mobilitätsausschuss empfahl bei einer Enthaltung einstimmig dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie dem Stadtrat folgenden Beschlussvorschlägen zuzustimmen.

**Beschlussvorschläge:**

1. Dem Ausbau der L 509 Wollmesheimer Straße nach Anlage 1 wird zugestimmt.
2. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € im Produktkonto 5430 096308 in den Jahren 2024 und 2025 wird im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt zugestimmt
3. Der inneren Erschließung des Neubaugebietes Landau – Südwest nach Anlage 2 wird zugestimmt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Übertragung der Zuständigkeit für die Abwehr von Gefahren durch den Straßenverkehr wegen der Überschreitung zulässiger Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften

Herr Schmidt führte beiliegende Informationsvorlage aus. Um Erfahrungen in der Messtechnik und den Messgeräten zu sammeln, wurde zunächst für zwei Jahre ein Dienstleister für die Geräte hinzugezogen. Die Überwachung des fließenden Verkehrs werde über das städtische Personal erfolgen. Ab wann damit begonnen werden könne, hänge noch von den Schulungsterminen ab. Aktuell seien erst wieder ab Oktober Termine frei.

Im Moment werde ein Messstellenkonzept in engem Austausch mit dem Dienstleister erarbeitet.

Desweiteren werden Gespräche mit den Verwaltungen Neustadt und Speyer geführt, ob eine Zusammenlegung einer zentralen Bußgeldstelle in Landau eingeführt werden solle. Hierfür müsse dann eine Vereinbarung erfolgen und die Abrechnungsmodalitäten geklärt werden.

Herr Ranalder erkundigte sich nach der Rechtssicherheit, da er wüsste, dass Überwachungen durch private Dienstleister keinen Bestand hätten.

Der Vorsitzende bestätigte dies teilweise. Die Ausführung der Messung müsse von den Ordnungskräften durchgeführt werden, dies werde man in Landau auch so berücksichtigen. Die Entleihe der Technik könne jedoch über private Unternehmer erfolgen.

Herr Bernhard ergänzte, wenn in einer 30er Zone geblitzt werde, würde zunächst überprüft werden, ob die Strecke rechtskonform zu einer solchen Zone bzw. Straße hätte ausgewiesen werden dürfen. Sollte dies nicht sein, hätte die Verwarnung keinen Bestand.

Die Frage von Herrn Dr. Blinn ob man nur ein Gerät zur Verfügung hätte und ob dies dauerhaft an der gleichen Stelle angebracht werde, verneinte Herr Schmidt. Er teilte mit, dass man verschiedene Geräte für 120 Blitzertage für die zwei Jahre der Vertragslaufzeit bestellt hätte. Diese werden unterschiedlich zum Einsatz kommen.

Herr Gerig wäre dankbar, wenn man die Gelegenheit nutzen und die Spielstraßen überwachen würde.

Herr Blanz fragte, ob man schon in der Zahlungspflicht stehe, da das Personal noch nicht geschult sei, aber der Vertrag schon laufe.

Der Vorsitzende antwortete, dass nur die bestellten 120 Blitzertage zu zahlen seien. Je später man damit beginne, desto häufiger müsse in der Restlaufzeit geblitzt werden.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Längere Grünphasen an Ampeln

Herr Bernhard erläuterte anhand der beiliegenden Präsentation die Systematik der Lichtsignalanlagen. Er führte die Zusammenhänge zwischen Umlaufzeiten, Räumzeiten, Wegestrecken und Konfliktverkehren aus und stellte dar, weshalb die Verlängerung einer Grünphase zu einer Verkürzung in einer anderen Phase oder zu einer längeren Umlaufzeit führt.

Herr Schwarz wollte wissen, ob man die Fußgängerampel etwas früher auf Grün schalten könne, bevor der parallel verlaufende Autoverkehr ebenfalls Grün bekomme.

Herr Bernhard verneinte dies, da es sich hierbei um einen Konfliktverkehr handle. Dieser dürfte nicht nacheinander freigegeben werden.

Herr Ranalder erkundigte sich, ob die Wärmebildkamera Aufnahmen auf Bänder speichere.

Auch dies wurde von Herrn Bernhard verneint. Die Ampelanlagen reagieren lediglich auf Wärmequellen. Es werden keine Aufzeichnungen vorgenommen.

Herr Ranalder bat darum, die maximale Umlaufzeit von 120 Sekunden einzuführen, um die Schwächsten im Straßenverkehr zu schützen. Dies sollte im Interesse aller sein und die etwas längere Wartezeit in Kauf genommen werden.

Herr Triebel bezog sich auf die Frage von Herrn Schwarz und erwähnte, dass Radfahrer an einigen Ampeln vorzeitig Grün bekommen.

Herr Bernhard sagte, dass dies nur bei Ampeln machbar sei, bei denen der Radfahrstreifen vorgezogen sei.

Eine weitere Frage von Herrn Triebel war, ob Landau sich bei dem Projekt des Fraunhofer Instituts für KI gesteuerte Anlagen beteiligen wolle.

Herr Bernhard informierte, dass die Stadt Landau bereits an einem Forschungsprojekt der Bundesanstalt für Straßenwesen zur Verbesserung der Signalsteuerung auf Hauptverkehrsstraßen in Städten mittlerer Größenordnung teilnimmt. Die Steuerung werde am Beispiel von Landau simuliert.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### Verschiedenes

#### Aufstellung von Mitfahrerbanken

Herr Bernhard informierte, dass in Nußdorf beim Bauernkriegsdenkmal eine Mitfahrerbank aufgestellt werde. Eine weitere werde am Deutschen Tor angebracht.

#### Stadtbussystem

Herr Grewenig informierte, dass die QNV den Zuschlag zur Ausschreibung des Landauer Stadtbündels erhalten werde. Er führte aus, welche Mehrleistungen zu dem Angebot gemacht wurden.

#### Preisstufe 0 / Komfortzuschlag On Demand

In der letzten Sitzung gab es die Frage, welche Kosten auf den Kunden mit einer Zeitkarte zukomme, wenn das Gebiet der Preisstufe 0 verlassen werde. Herr Grewenig erklärte, wenn der Kunde kurze Strecken über die Stadtgrenzen hinausfahre, dann müsse ein Tagesticket der entsprechenden Preisstufe gelöst werden. Hier gebe es keine Anrechnung zum bestehenden Ticket. Führe man längere Strecken, beispielsweise nach Mannheim, könne man zu seinem Monatsticket ein Anschlussticket für 3 Euro/Tag kaufen.

Weiter informierte Herr Grewenig, dass bei Nutzung des On Demand Verkehrs ein Komfortaufschlag hinzukomme. Dieser betrage bei Abonnementskunden 1 Euro und bei allen anderen Zeitkarteninhaber (auch Monatskarte) 2 Euro. Unklar sei noch, wie die Gebühr für die vom sozialen Versorgungsamt ausgestellte Karten ausfalle.

#### Schulbus Mörzheim

Frau Albrecht fragte, wie künftig die Schülerbeförderung für die Mörzheimer Kinder sichergestellt werde, da die Linie 540 entfalle.

Herr Grewenig antwortete, dass die Beförderung garantiert werde. Es werde definitiv ein Schülerverkehr eingerichtet. Wie dieser aussehe, sei noch abhängig von der Einigung mit dem Kreis SÜW.

#### Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Zeppelinstraße

Herr Bernhard informierte, dass man in der Zeppelinstraße Einbauten und Leitelemente einrichten werde, damit die Fahrzeuge in geringerem Tempo durch die Straße fahren. Da die Kurve zur Hindenburgstraße oftmals geschnitten werde, wolle man auch hier mit Leitelementen gegensteuern.

Herr Schwarz bat darum, nicht die ganze Strecke der Fahrradspur mit roter Farbe auszufüllen, da diese bei Nässe zur Rutschgefahr werde.

#### Poller Martin-Luther-Straße / Stiftskirche

Herr Blanz war verwundert, dass ein modaler Filter in der Martin-Luther-Straße eingerichtet wurde und im Ausschuss nicht informiert wurde.

Herr Bernhard sagte, dass hier wegen massiver Beschwerden sofortige Maßnahmen ergriffen wurden.





Die Niederschrift über die 19. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 22.06.2022 umfasst 7 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 61.

Vorsitzender

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Stefanie Dausch

Schriftführerin